



CHINAS GEOPOLITISCHE AMBITIONEN

Carlo Masala

**Putins
Waffenschau**

Robert H. Schmucker

STURMFRONT ÜBER DEM ATLANTIK

Den deutsch-amerikanischen Beziehungen
stehen sehr schwere Zeiten bevor

Constanze Stelzenmüller

**ZUKUNFT EUROPA:
DIE WIRTSCHAFTS-
UND WÄHRUNGSUNION**

Interview mit Markus Ferber

**KRISENHERD MALI:
KEIN STAAT IN SICHT!**

Gerald Hainzl

**VERTEIDIGUNGSINDUSTRIELLE
ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Chancen und Herausforderungen

Hans Christoph Atzpodien



LIEBE LESERINNEN UND LESER,
LIEBE FREUNDE DES ASP,

Europa ist eine der größten politischen Errungenschaften der Neuzeit und ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand für über 500 Millionen Menschen. Wir wollen, dass das so bleibt. Deshalb wird Europa eines der wichtigsten Themen der aktuellen Legislaturperiode sein und steht in unserem Koalitionsvertrag an oberster Stelle.

Vor allem für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird Europa immer wichtiger. Angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage, den russischen Spaltungsversuchen und dem Rückzug der USA als Schutzmacht, muss die Europäische Union geschlossen für ihre globalen sicherheitspolitischen Interessen eintreten und ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden.

Mit der Vertiefung der europäischen Verteidigungsunion (PESCO) haben wir wesentliche Schritte zur Verbesserung der europäischen Wehrfähigkeit eingeleitet und eine eigene europäische Säule neben der NATO geschaffen. Ziel von PESCO ist es, gemeinsame Verteidigungsfähigkeiten zu entwickeln und Doppelstrukturen zu vermeiden. Eine Standardisierung bei der Ausrüstung soll für eine bessere Interoperabilität der europäischen Streitkräfte sorgen. Parallel sollen mit dem Europäischen Verteidigungsfonds Investitionen, die auf nationaler Ebene in die Forschung und Entwicklung von Prototypen und in die Beschaffung von Verteidigungstechnologien fließen, koordiniert und verstärkt werden.

Der Schutz der Außengrenzen, die Koordinierung von Migration, die Bekämpfung von Terror und Fluchtursachen sind weitere wichtige sicherheitspolitische Meilensteine der kommenden Jahre. Denn eines ist klar, wir werden die Freiheit und Offenheit unserer Gesellschaften in Europa nur dann bewahren können, wenn wir uns nach Außen begrenzen und schützen. Dafür benötigen wir eine Verbesserung der Personalausstattung von Frontex, um die 14.000 Kilometer lange EU-Außengrenze effektiv zu schützen. Erst wenn wir die Herausforderung durch die Migrationsströme im Griff haben, können wir die Binnengrenzkontrollen einstellen. In diesem Zusammenhang sind ein gerechtes europäisches Asylsystem sowie eine abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe weitere wichtige Eckpfeiler.

Neben Europa wird außerdem die aktuelle Situation der USA, Chinas, Russlands und Malis im vorliegenden Heft beleuchtet und daraus resultierende Herausforderungen von renommierten außen- und sicherheitspolitischen Experten diskutiert.

Mit besten Grüßen
Ihr Florian Hahn MdB,
Landesvorsitzender des ASP



Prof. Carlo Masala

CHINAS GEOPOLITISCHE AMBITIONEN

Im folgenden Beitrag geht es um eine Einschätzung Chinas geopolitischer Ambitionen. Dabei sollen zwei Beispiele, quasi exemplarisch, beleuchtet werden. Zum einen, die „One Belt, One Road“ Initiative, zum anderen Chinas Position bezüglich des nordkoreanischen Nuklearprogramms. Die Auswahl dieser beiden Beispiele dient dazu die These zu unterlegen, dass es sich bei der Volksrepublik China um eine „partial power“ handelt, wie es David Shambaugh¹ unlängst formuliert hat. Um eine Macht, die sich gegenwärtig in einem Übergangsstadium befindet, von einer regionalen zu einer globalen Macht. Und dieser Weg, der noch ein langer sein wird, bringt es mit sich, dass die Handlungen und Aktionen der Volksrepublik China nicht immer eindeutig zu interpretieren sind.

Auf dem Weg zur globalen Macht geht es der Volksrepublik China unter anderem darum, ihren Aufstieg so „ruhig“ wie möglich zu vollziehen. Dies betrifft insbesondere die chinesischen Aktivitäten außerhalb der unmittelbaren Peripherie Chinas, d. h. außerhalb Asiens. Je stärker China sich glaubt, desto selbstbewusster tritt es in Asien auf und versucht durch die gezielte Drohung – auch mit dem Einsatz seiner militärischen Machtmittel – seine Positionen umzusetzen. Anders verhält es sich jedoch außerhalb Asiens.

Hier dominiert ein Verhalten Chinas, das als hegemoniale Strategie zu bezeichnen ist. China versucht seine Führung so konsensual wie möglich zu etablieren und hofft auf die Gefolgschaft anderer Staaten. In den Worten des chinesischen Präsidenten Xi Jinping, „Es geht darum, andere Staaten zu

¹ David Shambaugh: *China Goes Global. The Partial Power*, Oxford 2013

² Zitiert in *China Daily* v. 3.2.2017



Chinas Handelswege der Zukunft

überzeugen, nicht darum sie zu zwingen¹². Um eine hegemoniale Position zu etablieren ist China bei seinen Bemühungen bereit, kollektive Güter zur Verfügung zu stellen, an denen andere Staaten partizipieren können. Zuvorderst handelt es sich dabei um ökonomische Güter, an denen die meisten Staaten, in welchen China tätig ist, ein Interesse haben.

„One Belt, One Road“ Initiative

Anhand der „One Belt, One Road“ Initiative (OBOR) lässt sich die hegemoniale Strategie Chinas sehr gut verdeutlichen. Das von China angekündigte Projekt, das, vereinfacht gesagt, die Schaffung ökonomischer Korridore zu Land und zu Wasser vorsieht und mit einem finanziellen Volumen von ca. 1.100 Mrd. US-Dollar unterfüttert ist, dient dazu, langfristig den Schwerpunkt des Welthandels nach Asien, mit China als Zentrum, zu verschieben. Kritiker sprechen im Zusammenhang mit dieser Initiative zu Recht davon, dass es das Ziel der chinesischen Staats- und Parteiführung sei, langfristig alle Wege nach China führen zu lassen. Auf den ersten Blick sieht die OBOR so aus, als ob alle Partner Chinas von dieser Initiative, die einen besonderen Fokus auf die Entwicklung von Verkehrsinfrastruktur legt, ökonomisch profitieren. Dies ist auch gar nicht von der Hand zu weisen.

Aus chinesischer Perspektive ist jedoch viel wichtiger, dass die Infrastrukturprojekte, die von China finanziert werden, Peking die Möglichkeit geben, in allen Kooperationsstaaten langfristig Fuß zu fassen und so seiner nationalen Strategie des globalen Aufstiegs dienlich sind. Ferner tragen die Infrastrukturprojekte dazu bei, Chinas Partner in eine politische und ökonomische Abhängigkeit von China zu bringen, die China zukünftig einen überproportionalen Einfluss auf die Politik dieser Staaten geben wird. Und schließlich eröffnet der maritime Aspekt der OBOR Initiative der chinesischen Staats- und Parteiführung die Möglichkeit, zukünftig Überseebasen für ihre Marine zu eröffnen.

Letzten Endes stellt die OBOR Initiative, zusammen mit Entwicklungen wie der Eröffnung der Asiatischen Infrastruktur Investitionsbank durch die BRICS-Staaten, einen weiteren Angriff gegen die Pfeiler der liberalen ökonomischen Weltordnung und ihrer zentralen Institutionen IWF und Weltbank dar. Aus chinesischer Perspektive ist die OBOR Initiative das Kernelement einer anderen Globalisierung – einer Globalisierung, die eine Alternative zu der Globalisierung darstellt, die vermeintlich nur den USA und „dem Westen“ dienlich ist. OBOR ist unter diesem Gesichtspunkt als Teil einer ökonomischen Gegenmachtbildung zu begreifen.

Ein Aspekt, der im Zusammenhang mit der OBOR Initiative oftmals übersehen wird, ist die Tatsache, dass China damit auch versucht, einen ökonomischen und politischen Fuß in die Tür europäischer Staaten, und damit auch in die EU, zu bekommen. Das bewusste chinesische Engagement in ökonomisch kriselnden EU-Staaten, wie zum Beispiel Griechenland, Rumänien und Bulgarien, folgt dabei der gleichen Logik, wie das chinesische Engagement in den zentralasiatischen oder afrikanischen Staaten. Der Unterschied zu letzteren ist jedoch, dass eine mögliche ökonomische und politische Abhängigkeit dieser Staaten von China, Peking zukünftig indirekt einen Sitz am EU Tisch verschaffen könnte.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten:

- OBOR ist das Kernstück einer hegemonialen Politik Chinas, die darauf abzielt, über die Bereitstellung kollektiver Güter Gefolgschaft zu erzeugen.
- OBOR zielt darauf ab, die Warenströme der Weltwirtschaft langfristig zu verändern und China in das Zentrum der zukünftigen Weltwirtschaft zu positionieren.
- OBOR eröffnet China zukünftig die Möglichkeit „forward deployment“ im maritimen Bereich zu betreiben.
- OBOR ist Teil der chinesischen Gesamtstrategie, eine Alternative zu der von den USA dominierten liberalen Weltordnung zu schaffen.

Während die OBOR also als eine hegemoniale Politik zur Unterstützung des chinesischen Aufstiegs zur globalen Macht interpretiert werden kann, zeigt die chinesische Politik mit Blick auf Nordkorea eher klassisch machtpolitische Züge.

China und die Demokratische Volksrepublik Korea

Wenn von dem chinesischen Einfluss auf die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) die Rede ist, so gehen viele Beobachter von der irrigen Annahme aus, dass die DVRK ein Satellit Pekings ist. So einfach ist das Verhältnis zwischen diesen beiden Staaten allerdings nicht. Sicherlich ist die DVRK in einem hohen Maße von China abhängig. Ökonomisch und politisch ist sie aber kein Vasall. Von daher gleicht die Vorstellung, man müsse nur Peking davon überzeugen, dass Nordkorea sein Atomprogramm aufgeben muss, einer Milchmädchenrechnung.

Peking selbst hat wiederholt glaubwürdig beteuert, dass es die nuklearen Provokationen seines kleinen Nachbarn nicht toleriert und hat sich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen kooperativ gezeigt, wenn es um die Verurteilung solcher Provokationen ging.

Auch hat China im Prinzip kein Interesse an einem nuklear bewaffneten Nordkorea, da jede zusätzliche Nuklearmacht in Asien die chinesische nukleare Position relativ schwächt. Dennoch ist China nicht bereit, Nordkorea seinen Schutz zu entziehen, um ein Ende des nordkoreanischen Atomprogramms herbeizuführen.

Denn in Peking herrschen folgende strategische Überlegungen vor:

- Sollte China mehr Druck auf Nordkorea ausüben, würde Nordkorea sich verstärkt Russland zuwenden und damit würde der chinesische Einfluss auf Pjöngjang schwinden.
- Da Nordkorea über die nukleare Technologie verfügt, ist es China lieber, einen gewissen, wenngleich begrenzten Einfluss auf das Regime und sein Nuklearprogramm ausüben zu können, als gar keinen.
- Zuletzt wird Chinas Nordkorea-Politik von einem Szenario dominiert, das alles andere überschattet und Pjöngjang ein Mindestmaß an chinesischer Unterstützung garantiert, egal wie sich die Kim Dynastie verhält.



Kim Jong-un und der chinesische Präsident Xi Jinping im März 2018

Nichts wäre für China schlimmer als der Kollaps des nordkoreanischen Regimes, eine darauf folgende Wiedervereinigung der beiden Koreas und die Ausweitung der US-amerikanischen Sicherheitsgarantien auf ein geeintes Korea. Denn dann würde China eine direkte Grenze mit einem amerikanischen Verbündeten haben und die strategische Tiefe, die es durch die Existenz eines kommunistischen Nordkoreas seit den 1950er Jahren zu den USA hat, verlieren.

Und da das Szenario eines vereinigten, im amerikanischen Sicherheitsorbit stehenden Koreas aus chinesischer Perspektive einem Albtraum gleicht, ist China – wenn es hart auf hart kommt – immer wieder bereit, das Regime in Pjöngjang zu stützen. Damit trägt Peking selbstredend dazu bei, das Überleben Nordkoreas zu garantieren. Chinas Einfluss geht jedoch nicht so weit, dass es dem Regime Politiken, insbesondere im Nuklearbereich, vorschreiben kann. Vertreter der These, dass Nordkorea ein Satellit Pekings ist, übersehen dabei gerne, dass das nordkoreanische Nuklearprogramm originären nordkoreanischen Sicherheitsbedenken entspringt.

Was kann Deutschland tun?

Abschließend einige wenige Überlegungen zur Frage, wie die Bundesrepublik Deutschland mit den hier dargestellten chinesischen Ambitionen umgehen sollte:

- Zuvorderst erscheint es wichtig darauf hinzuweisen, dass die Wahrnehmung Chinas in Deutschland hauptsächlich durch ökonomische Faktoren dominiert wird. Politiker und

Wirtschaftsvertreter sehen in China einen enormen Markt, der große ökonomische Gewinne verspricht und verschließen deshalb oftmals die Augen vor den sicherheitspolitischen und politischen Ambitionen Chinas.

- Der Einfluss, den Deutschland auf China nehmen kann, ist begrenzt und kann primär nur über eine einheitliche China-Politik der EU erfolgen. Da aber auch die EU als einheitlicher politischer Akteur in Beijing kaum wahrgenommen, geschweige denn ernstgenommen wird, ist eine enge Abstimmung mit den USA in der deutschen China-Politik der einzige Weg, um in Asien machtpolitisches Gewicht in die Waagschale zu werfen.
- Raum für eine eigenständige Politik eröffnet sich für Deutschland im Rahmen der EU, wenn es darum geht, den chinesischen Einfluss auf die ökonomisch schwächeren EU-Staaten zurück zu drängen. Hier wäre es angebracht, Maßnahmen in die Wege zu leiten, um den Eintritt Chinas in die EU durch die Hintertür zu verhindern.
- Generell muss man aber anmerken, dass der Einfluss, den Deutschland auf die chinesische Politik nehmen kann, begrenzt ist. Dafür sind die machtpolitischen Ungleichgewichte einfach zu groß.
- Dies darf uns dennoch nicht der Aufgabe entheben, China und Asien zunehmend aus einer sicherheitspolitischen Perspektive zu betrachten.

Prof. Dr. Carlo Masala

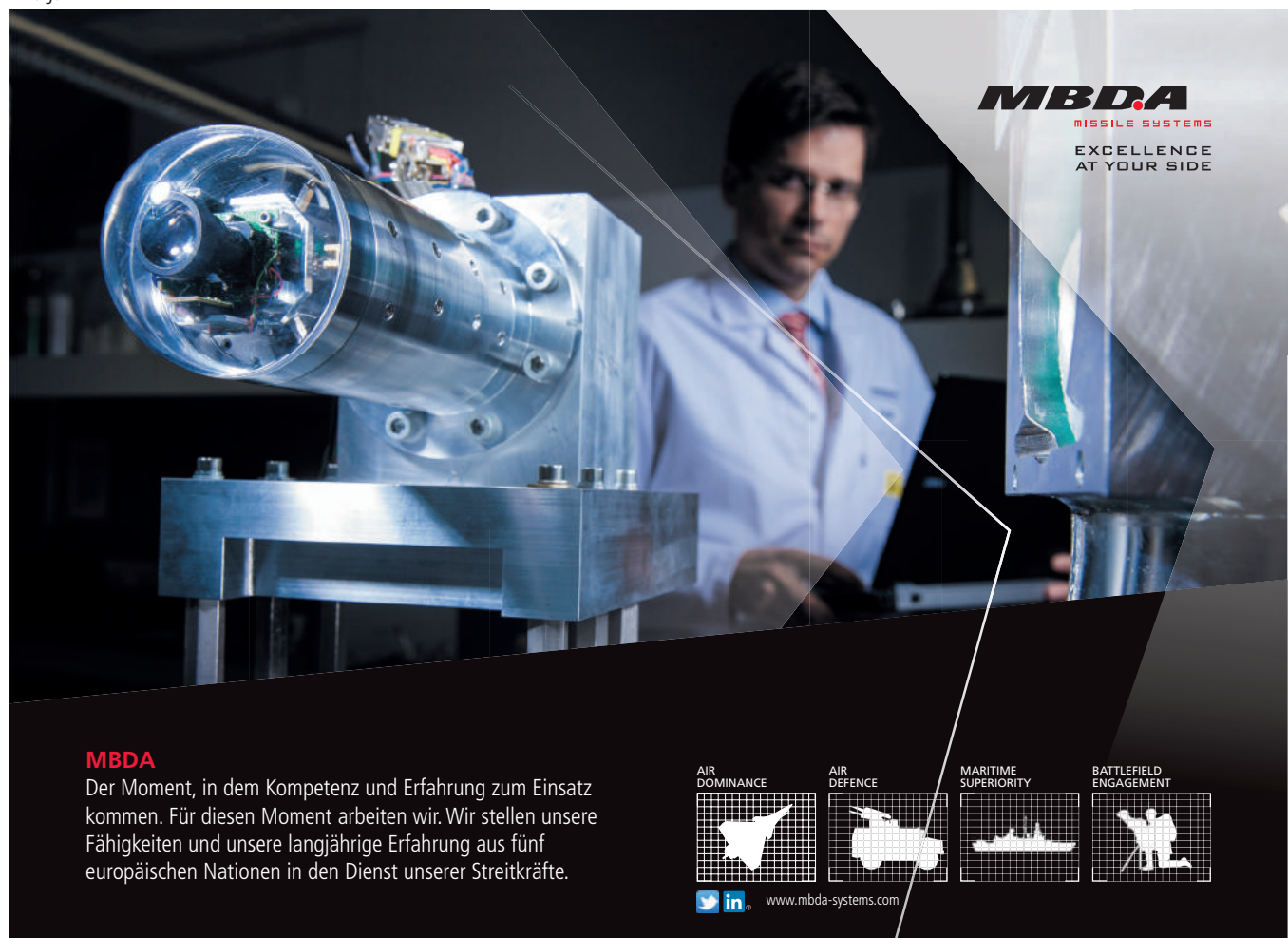
Lehrstuhlinhaber für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München

Nach einer Professurvertretung im SS 2003 am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig Maximilians Universität München, wechselte er Anfang 2004 zum NATO Defense College nach Rom wo er, zunächst als Research Advisor und ab 2006 als Deputy Director, in der dortigen Forschungsabteilung tätig war.

Im März 2007 erhielt er den Ruf auf die Professur für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München und hat diese zum 1. Juli 2007 angenommen.


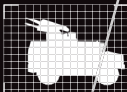
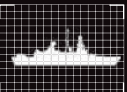
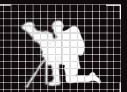
Prof. Masala ist Mitherausgeber der Zeitschrift für Politik (ZfP), der Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB) und der Zeitschrift für Strategische Analysen (ZfSA). Ferner ist er Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, des NATO Defence Colleges sowie der Clausewitz Gesellschaft.



Anzeige



MBDA
MISSILE SYSTEMS
EXCELLENCE
AT YOUR SIDE

MBDA
Der Moment, in dem Kompetenz und Erfahrung zum Einsatz kommen. Für diesen Moment arbeiten wir. Wir stellen unsere Fähigkeiten und unsere langjährige Erfahrung aus fünf europäischen Nationen in den Dienst unserer Streitkräfte.

AIR DOMINANCE	AIR DEFENCE	MARITIME SUPERIORITY	BATTLEFIELD ENGAGEMENT
			

  www.mbda-systems.com

STURMFRONT ÜBER DEM ATLANTIK

DEN DEUTSCH-AMERIKANISCHEN BEZIEHUNGEN STEHEN SEHR SCHLECHTE ZEITEN BEVOR



Dr. Constanze Stelzenmüller

Eine belastbare Beziehung, sagt man, steht auch ein paar Krisen durch. So gesehen kommt auf das transatlantische Bündnis bis zum Ende dieses Sommers eine echte Bewährungschance zu. Freihandel, Iran, Syrien, Russland, Gasgeschäfte, Verteidigungsausgaben: Alle diese Themen liegen auf dem Tisch und bergen Konfliktpotenzial. Zusammen genommen bilden sie eine gewaltige Sturmfront. Vor allem die deutsch-amerikanischen Beziehungen steuern gerade auf einen Orkan zu. Aber ist das der deutschen Politik und Öffentlichkeit bewusst?

Worum geht es konkret? Vier, vielleicht fünf hochgradig heikle diplomatische Termine stehen nach dem Besuch der Bundeskanzlerin am 27. April bis Mitte Juli bevor:

- Iran: am 12. Mai ist die Verlängerung des Iran-Abkommens fällig;
- Nordkorea: Ende Mai/Anfang Juni soll der US-Gipfel mit Nordkorea sein;
- Handel: am 1. Juni laufen die verlängerten Ausnahmen von den US-Strafzöllen auf die EU aus;
- G-7: der nächste Wirtschaftsgipfel der obersten westlichen Industrienationen ist am 8. und 9. Juni in Kanada;
- Nato: vom 11.-12. Juli findet in Brüssel das nächste Treffen der Staats- und Regierungschefs des westlichen Militärbündnisses statt.

Normalerweise werden die Pressemeldungen und Gipfelerklärungen für solche Termine von erfahrenen Bürokraten monatelang hinter verschlossenen Türen ausgehandelt; Streit oder auch nur offener Dissens am Tag selbst ist eine seltene Ausnahme – vor allem, wenn es um Diskussionen unter Alliierten geht. In der Ära Trump dagegen lernt die Welt in Echtzeit aus dem Twitterfeed des Präsidenten, was ihn im Augenblick beschäftigt. Inhalte, Wortwahl und Ton sind der Diplomatie meistens weniger dienlich. Und erschöpfend ist dieses tägliche Sturmfeuer sowieso – für die Praktiker nicht weniger als für die Laien.

Es wäre jedoch ein Fehler, deshalb nicht mehr darauf zu achten. Gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik vertritt Donald Trump seit Jahrzehnten gefestigte Ansichten; er hat sie schon in den achtziger Jahren auf ganzseitigen Anzeigen in der New York Times publiziert. Sein von Konflikt, Wettbewerb und Nullsummenspielen geprägtes Weltbild mag viele Euro-

päer bestürzen – aber es ist in sich schlüssig und konsistent. Überraschen sollte uns daran jedenfalls nichts mehr.

In Trumps erstem Amtsjahr herrschte allerdings innerhalb der Regierung ein geharnischter Kampf zwischen den Ideologen



(der „Chefstrategie“ Stephen Bannon und der Vorsitzende des Nationalen Handelsrats Peter Navarro) und den Professionellen (Chef-Wirtschaftsberater Gary Cohn, Außenminister Rex Tillerson, Verteidigungsminister James Mattis und der Nationale Sicherheitsberater H.R. McMaster). Weil die Ideologen im bürokratischen Grabenkampf weniger versiert waren und einige als Verlierer von Bord gingen (wie Bannon), machte sich in Europas Hauptstädten schnell die Überzeugung breit, dieser Präsident werde schon mitsamt seinen beunruhigenden Ideen vom Politikbetrieb eingehegt und „normalisiert“.

Dies erweist sich inzwischen als fatale Fehleinschätzung. Cohn, McMaster und Tillerson sind sämtlich nicht mehr im Amt. In der Handelspolitik geben stattdessen Freihandelskeptiker und Protektionisten wie Navarro, Handelsminister Wilbur Ross sowie der oberste Handelsdiplomate Robert Lighthizer den Ton an. In der Außen- und Sicherheitspolitik sind mit John Bolton als neuem Nationalen Sicherheitsberater und Mike Pompeo als Außenminister zwei Falken in die Regierungsmannschaft eingetreten, die Trumps düstere Weltsicht teilen – und als erfahrene Bürokratiedompteure nicht nur willens, sondern auch imstande sind, sie energisch durchzusetzen. Und anders als der Präsident, der gerne auf die Wirkung seiner Bluffs setzt (und nur die), hält sein neues Führungsduo wenig von folgenloser Rhetorik.

In der Sache heißt das, dass Washington Forderungen an Europa und Deutschland richten wird, die unschätzbare Konsequenzen für den Wohlstand und die Sicherheit des Kontinents haben könnten. Das Thema Strafzölle wird auf EU-Ebene verhandelt; die Tonlage der Gespräche ist scharf. Ein US-europäischer Handelskrieg wird damit möglich. Das Iran-Abkommen wird von Trump, Bolton und Pompeo seit Jahren als "schlechter Deal" kritisiert; bestenfalls ist eine Verzögerung des Ausstiegs von sechs Monaten zu erwarten, als Zeitgewinn für den neuen US-Außenminister. Ein Misserfolg des Nordkorea-Treffens – so es stattfindet – könnte Spannungen in Fernost hochschrauben, was kaum ohne Schaden für Europas Wirtschaftsbeziehungen zu Asien bleiben wird. Der Nato-Gipfel könnte zur Szene eines kollektiven Offenbarungseids für die Verteidigungsetats der Europäer werden.

Berlin findet sich bei alledem auf spezielle Weise am Pranger wieder. Die Ethnonationalisten in Washington verübeln deutsche Großzügigkeit gegenüber Flüchtlingen; die Protektionisten hassen die deutschen Handelsbilanzüberschüsse; die Bellizisten ärgert, dass Berlin sich nicht an den Schlägen gegen Syrien beteiligt hat; und die Russlandskeptiker haben das Gasröhrengeschäft Nordstream 2 im Visier.

Für Deutschland wird es also ungemütlich. Die Herausforderung für die Regierung: Freundlich Dissens anmelden wo es nicht anders geht (Flüchtlingspolitik); unvermeidbare Konflikte managen oder machbare Kompromisse anbieten

(Handelspolitik); und unhaltbare Positionen (Verteidigungsausgaben) diskret räumen. Der überfällige Hinweis der Bundeskanzlerin, Nordstream 2 sei auch ein politisches Projekt, bei dem die Interessen der Ukraine zu wahren sind, ist gut angekommen. Reichen wird es nicht.

Wichtiger noch ist etwas Anderes: Wann macht Deutschland eine Außenpolitik, die nicht bloß auf Ereignisse und Forderungen anderer reagiert? Die angesichts eines weltweit steil angestiegenen Konfliktrisikos deutsche und europäische Werte und Interessen in einer Weise verkörpert, die an rationale US-Außenpolitik anschlussfähig bleibt? Und was wird der herausragende Beitrag der CSU dazu? An zwei Themen könnte sich das entscheiden: Russland und Ungarn.

Dr. Constanze Stelzenmüller

Dr. Constanze Stelzenmüller ist seit Oktober 2014 Robert Bosch Senior Fellow beim Center on the U.S. and Europe beim think tank Brookings Institution in Washington, DC. Von 2005 bis 2014 war sie Berliner Büroleiterin und Senior Fellow beim German Marshall Fund. Von 1994 bis 2005 war sie Redakteurin im Politischen Ressort der Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT, zuletzt zuständig für Internationale Sicherheitspolitik.

Anzeige



PARTNER VON BUNDESWEHR UND BOS

Mit unseren vielfältigen Dienstleistungen und Lösungen unterstützen wir die Prozesse und Fähigkeiten von Bundeswehr und von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Wir steigern die Zuverlässigkeit und Effizienz ihrer Systeme – in allen Dimensionen:

- ▶ Luft
- ▶ Land
- ▶ See
- ▶ Cyber- und Informationsraum

DEDICATED TO SOLUTIONS
WWW.ESG.DE



DIE ZUKUNFT DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

INTERVIEW MIT MARKUS FERBER MdEP



Markus Ferber

Europa blickt auch im Jahr 2018 in eine Zukunft voller Herausforderungen. Emmanuel Macron fordert in seiner Europa-Rede die Neugründung der EU und die Kommission hat eine Reihe von konkreten Vorschlägen zur Änderung des institutionellen Rahmens der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) gemacht. Der CSU-Europaabgeordnete, Markus Ferber, sieht die Vorschläge Macrons und der EU-Kommission an vielen Stellen sehr kritisch. Im Interview mit BULLETIN bedauert er, dass der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD hinsichtlich vieler zentraler Fragestellungen zur Zukunft der

WWU sehr vage bleibt und fordert, dass das Haftungsprinzip bei allen Reformanstrengungen als Leitmotiv erhalten wird.

Herr Ferber, der deutsch-französische Motor muss Europa wieder ins Laufen bringen. Wo bleibt die Unterstützung aus Deutschland für eine Weiterentwicklung der EU und der WWU?

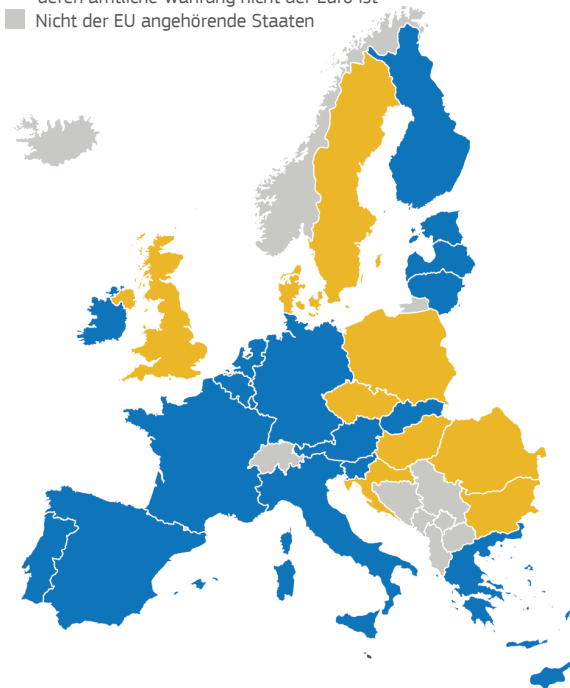
Wir hatten eine schleppende Regierungsbildung und deswegen hat sich die Bundesregierung lange nicht positionieren können. Im neuen Koalitionsvertrag gibt es nun einige Passagen zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunion. Alles in allem bleibt der Koalitionsvertrag bei vielen entscheidenden Punkten aber im Ungefähren und lässt Raum für Interpretationsspielräume. Ich hätte mir gerade mit Blick auf die Weiterentwicklung der WWU eine noch klarere ordnungspolitische Handschrift gewünscht – auch um den französischen Vorschlägen ein Modell entgegenzusetzen, das sich stärker am Haftungsprinzip orientiert. Denn eines ist klar: die Reform der WWU sollte nicht nach einer französischen Blaupause erfolgen.

Sie kritisieren die Vorschläge des französischen Präsidenten. Welche Gefahren sehen Sie dabei?

Der französische Präsident ist immer sehr schnell dabei eine Risikoteilung auf europäischer Ebene zu fordern – sei es über eine neu eingeführte Fiskalkapazität, ein Eurozonenbudget oder die Einlagensicherung. Das sind meines Erachtens aber die falschen Prioritäten. Bevor wir über solche Schritte überhaupt nachdenken können, müssen wir doch überlegen, wie wir die Altlasten der Krise beseitigen. Das sind zum Beispiel die hohen Staatsschulden in vielen Mitgliedstaaten oder auch die erheblichen Bestände an ausfallgefährdeten Krediten in den Bilanzen vieler Banken in Südeuropa. Wenn wir diese Punkte nicht lösen, bedeutet das Wort Risikoteilung nämlich automatisch Risikoumverteilung und Transferunion – und das ist kein solides Fundament für die WWU.

Der Euro ist die amtliche Währung von 19 Mitgliedstaaten

- EU-Mitgliedstaaten, deren amtliche Währung der Euro ist
- EU-Mitgliedstaaten, deren amtliche Währung nicht der Euro ist
- Nicht der EU angehörende Staaten



Quelle: Europäische Kommission



Markus Ferber, MdEP (links); Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission (rechts)

Ein Europäischer Währungsfonds und Geld für Reformen – auch die Kommission hat ihre Entwürfe vorgelegt, wie Europa wieder auf Spur gebracht werden soll. Was ist aus ihrer Sicht machbar und was geht zu weit?

Von der Idee, Mitgliedstaaten für die Umsetzung von Struktur reformen, zu belohnen, halte ich gar nichts. Wenn wir damit anfangen, Mitgliedstaaten dafür zu bezahlen, das zu tun, was ohnehin in ihrem Interesse ist, wird Europa schnell ziemlich teuer. Stattdessen müssen wir doch schauen wie wir dafür sorgen, dass die Reformvorschläge, die die Kommission beispielsweise jedes Jahr im Europäischen Semester an die Mitgliedstaaten verteilt, auch umgesetzt werden. Ein erster Schritt könnte sein, dass man sich einfach auf die ein bis zwei wirklichen Big Points konzentriert statt jedes Jahr einen ganzen Maßnahmenkatalog vorzulegen, aus dem sich die Mitgliedstaaten dann die Rosinen rauspicken. Ein zweiter Schritt wäre, den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu reformieren. Er muss einfacher werden, weniger Ausnahmen haben und vor allem durchgesetzt werden. Dabei hat die Kommission eine katastrophale Bilanz. Insofern wäre es schon eine Überlegung wert, diese Aufgabe künftig an den ESM zu geben. Der hat nämlich in der Krise gezeigt, dass er unabhängig, objektiv und unpolitisch handeln kann.

Kann ein europäischer Finanzminister einen sinnvollen Beitrag leisten?

Das glaube ich kaum. Mir hat noch keiner erklären können, was der Mehrwert dieses Postens sein soll. Angesichts der Bilanz, die die Kommission beim Stabi-Pakt vorzuweisen hat, sehe ich auch keinen Grund der Kommission neue Aufgaben im Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung zu übertragen. Auch die Idee, den Vorsitz der Eurogruppe und die Position des Wirtschafts- und Währungskommissars zusammenzulegen, taugt nichts. Wir müssen die Verantwortlichkeiten schon klar auseinander halten. Ich halte es auch für besser, wenn der Eurogruppe ein nationaler Finanzminister vorsitzt, der die Entscheidungen in der Heimat auch vertreten muss – das hat auch eine disziplinierende Wirkung.

Welche finanzpolitischen Herausforderungen sind die dringendsten, vor denen wir Europäer heute stehen? Was wären aus Ihrer Sicht die zentralen Projekte die man anpacken müsste, aber mit denen man die Europäer nicht überfordert?

Bei der Debatte um die Zukunft der WWU gibt es viel Unehrllichkeiten. Viele fordern wir brauchen eine Fiskalkapazität, mit der man einen wirtschaftlichen Schock wie in der Finanzkrise 2008/2009 abfedern kann. Kaum einer sagt aber, dass wir dafür mehrere hundert Milliarden Euro benötigen würden. Mit den knappen Ressourcen der EU müssen wir ganz genau überlegen, was wir tun können. Ein einfacher Maßnahmenmix wäre zum Beispiel der Abbau fauler Kredite in den Bilanzen vieler Banken und die schrittweise Unterlegung von Staatsanleihen mit Eigenkapital. Zur Abfederung makroökonomischer Schocks wäre eine Fiskalkapazität denkbar, die die Mittel hat, um einen Konjunkturimpuls in einigen wenigen Mitgliedstaaten zu setzen, wenn diese unverschuldet in Probleme geraten sind und sich zuvor an alle Regeln gehalten haben. Dazu könnte man beispielsweise anfangen, nicht abgerufene EU-Gelder in einen solchen Topf umzuleiten anstatt sie an die Mitgliedstaaten zurückzuzahlen. Ein solcher Topf kann aber nur unter der Voraussetzung funktionieren, dass sich alle Staaten an den Stabi-Pakt und die Regeln der Bankenunion halten.

Bei Rufen nach mehr Europa oder mehr Rechte nach Brüssel schrecken viele Bürger auf. Ist die europäische Finanzpolitik demokratisch genug?

Das glaube ich schon. Denn heute orientiert sich die europäische Finanzpolitik immerhin noch am Haftungsprinzip. Wenn der Europäische Stabilitätsmechanismus ein Hilfsprogramm auflagt, muss beispielsweise der Bundestag zustimmen – denn schließlich geht es um Geld, für das am Ende der Bundeshaushalt und damit der Steuerzahler geradestehen muss. Entscheidungsverantwortung und Haftung müssen aber zusammen bleiben. Insofern bin ich bei Rufen nach der Demokratisierung der Finanzpolitik immer skeptisch. Viele meinen damit nämlich, dass per Mehrheitsentscheid Geld umverteilt wird und wer fremdes Geld ausgeben kann, wird großzügig. Deswegen ist für mich klar, dass das Haftungsprinzip auch bei der Reform der WWU das Leitmotiv bleiben muss.

MdEP Markus Ferber

*Mitglied des Europäischen Parlaments
Vorsitzender der CSU Schwaben*

Im Juni 1994 wurde Markus Ferber im Alter von erst 29 Jahren in das Europäische Parlament gewählt. Seitdem vertritt er die Interessen Bayerns sehr erfolgreich in Brüssel und Strassburg.

Seit 2014 ist Markus Ferber Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament.

PUTINS WAFFENSCHAU

EINE NEUE DIMENSION DER RÜSTUNG?



Prof. Robert H. Schmucker

Am 1. März 2018 präsentierte Vladimir Putin in einer Rede zur Lage der Nation eine Reihe neuer Waffen. Obwohl diesen nur ein sehr kleiner Teil der Ansprache gewidmet war und man ergänzend zu spärlichen Informationen Animationen zu sehen bekam, erreichte das Intermezzo den gewünschten Zweck: Begeisterung im eigenen Land und besorgte Aufmerksamkeit im Westen. Putin nannte als Begründung für diese neuen Waffen die Kündigung des ABM (Anti-Ballistic Missile)-Vertrags durch die USA und deren Aufrüstung, die Expansion der NATO in östlicher Richtung und den Aufbau sowie die Stationierung eines globalen ABM-Systems.



Putin beim Truppenbesuch im Gespräch mit General Sergei Karakayev

Die neuen Waffen

Neben einer neuen Laserwaffe wurden fünf weitere Waffensysteme vorgestellt: drei Flugkörper unterschiedlicher Bauart und Geschwindigkeit, eine unbemannte Nuklear-Unterwasser-Drohne sowie die Interkontinentalrakete Sarmat. Alle diese Waffen können konventionell oder nuklear bestückt werden und ihr Zweck ist es, jede Art von Flugkörperabwehr zu überwinden. Zwar gab es vorher schon einige Informationen zu den Neuentwicklungen, aber die Präsentation brachte doch noch einige Überraschungen.

Größtes Interesse hat ein nuklear angetriebener Marschflugkörper geweckt. Dieses Vorhaben wurde mit dem US-Überschall-Projekt „Pluto“ der 60er Jahre verglichen; hier handelt es sich jedoch um einen Unterschall-Marschflugkörper, wie X-101 oder Tomahawk, der in geringer Höhe fliegt, manövrierfähig ist und über die Tarnkappentechnik verfügt. Mit einer Rakete auf Marschgeschwindigkeit gebracht, übernimmt dann ein von einem Kernreaktor beheiztes Triebwerk den Antrieb. Wenngleich Putin von erfolgreichen Flugversuchen mit einem Nukleurantrieb sprach und westliche Quellen von zwei fehgeschlagenen Tests berichten, könnte aber für Vorversuche eine elektrische oder chemische Energiequel-

le benutzt worden sein. Bei einem Nukleurantrieb bereiten nämlich radioaktive Strahlung und Kontamination enorme Schwierigkeiten, da der Kernreaktor aus Gewichtsgründen nicht abgeschirmt werden kann. Außerdem können bei Flugversuchen Fehler mit katastrophalen Folgen auftreten. Ein solches Waffensystem macht wenig Sinn, denn dem theoretischen Vorteil der unbegrenzten Reichweite stehen nur schwer zu beherrschende Probleme gegenüber und alternative konventionelle Lösungen sind heute ausreichend verfügbar.

Als weiterer Flugkörper wurde „Avangard“ angekündigt, ein antriebsloser Wellenreiter, der, von der ICBM Sarmat verschossen, mit Mach 20 (etwa 6 km/s) in großer Höhe wie ein „Feuerball“ auf das Ziel zufliegt. An solchen Flugkörpern arbeitet man schon seit langem in den USA und der VR China, wobei die Fortschritte eher übersichtlich sind. Die hohe Geschwindigkeit bereitet nicht unerhebliche Materialprobleme und begrenzt aus physikalischen Gründen die Manövrierfähigkeit. Jedoch erscheint die Möglichkeit, die Flugbahn aktiv verändern zu können, attraktiv. Denn während sich konventionelle Gefechtsköpfe auf einer gut berechenbaren, festen Bahn bewegen, wird durch einen manövrierbaren Flugkörper wie „Avangard“ die Abwehr erschwert oder gar unmöglich gemacht. Wenn Russland die immensen Schwierigkeiten bewältigt haben würde und eine operationell nutzbare Waffe zur Verfügung hätte, wäre deren militärischer Nutzen dennoch gering: Zum einen benötigt „Avangard“ zusätzliche Lenk- und Steuerelemente sowie einen verstärkten Thermalschutz, was den Aufwand gegenüber konventionellen Gefechtsköpfen deutlich erhöht; für große Reichweiten würde man zusätzlich einen eigenen Antrieb benötigen, über den aber „Avangard“ derzeit nicht verfügt. Bei der Diskussion über den Wert solcher Waffen sollte man berücksichtigen, dass ein ernsthafter Nuklearangriff jede potentielle Abwehr überfordern und unmittelbar den Gegenschlag auslösen würde. Die vorgestellte „Avangard“ bringt keinen erkennbaren Vorteil. Man muss sie eher der Kategorie „nice to have“ zuordnen!

Der dritte Marschflugkörper „Kinshal“ ist ein von einem Flugzeug abschießbarer Flugkörper mit Hyperschallgeschwindigkeit, der bei niedriger Flughöhe eine Reichweite von 2000 km haben soll. Die von russischer Seite später veröffentlichten Bilder zeigen eine Rakete, was zwar für die genannte Geschwindigkeit, keinesfalls aber die postulierte Reichweite spricht. Die genannten Leistungsparameter jedenfalls sind nicht im Einklang. Die Behauptung, dass dieses Gerät mit den

von Putin genannten Leistungswerten bereits seit 2017 im Einsatz ist und seitdem getestet wird, muss man mit einem Fragezeichen versehen; kurze Reichweiten sind durchaus denkbar – das würde aber nicht auf eine neue Waffenkategorie deuten.



Sarmat: Startsequenz eines Entwicklungsabschlusses

Zu dem als neues Waffensystem vorgestellten Unterwasserfahrzeug Status-6 kursieren bereits seit Ende 2015 Meldungen, die einige Details verraten. Die Animation zeigt eine torpedoförmige Unterwasser-Drohne, die, mit Nuklearantrieb und einem konventionellen oder nuklearen Gefechtskopf ausgestattet, bei hoher Geschwindigkeit über eine globale Reichweite verfügt. Natürlich ist dieses Fahrzeug realisierbar, aber der politisch-militärische Nutzen erscheint unklar: Für einen begrenzten Krieg, und daher zum Ersteinsatz in einem Konflikt ungeeignet, stellt Status-6 nur eine Vergeltungswaffe für größtmöglichen Schaden dar.

Von den vorgestellten Waffen ist die Interkontinentalrakete RS-28 Sarmat – russische GRAU-Nummer 15A28, NATO-Bezeichnung SS-X-30 Satan 2 –, zu der es genügend Informationen gibt, am weitesten fortgeschritten. Als Ersatz für die in der Ukraine gefertigte SS-18 (NATO-Bezeichnung Satan) verfügt diese Rakete entsprechend den veröffentlichten Bildern über eine höhere Leistungsfähigkeit als das Vorgängermodell. Sie wird mit nuklearen Gefechtsköpfen, Täuschkörpern und „Avangard“ ausgerüstet werden. Startbilder zeigen eine Rakete, die sich in der Entwicklung befindet, was die Aufstellung noch etwas verzögern wird. Dass man mit dieser Rakete gegen die USA nicht nur in östlicher Richtung schießen kann, sondern auch in anderen Richtungen – also einmal um die Erde und damit aus östlicher oder südlicher Richtung einen Angriff führen könnte –, ist wegen der Waffengröße nicht überraschend und war auch schon mit anderen Raketen dieser Leistungsklasse möglich.

Kriegsgefahr durch Waffendarstellung?

Durch Putins Rede zogen sich die drei Kriegsmotive nach Thukydides „Furcht, Ehre, Vorteil“ wie ein roter Faden. Aber entsprechend dem Raum, den er darin dem militärischen Wiedererstarken Russlands und dessen neuen Waffen widmete, hat man es hier nur mit der Darstellung des militärischen Gewaltpotentials zu tun, also lediglich der ersten der drei Waffen-Eskalationsstufen (Zweite Stufe = „Gewaltandrohung“ und dritte Stufe = „Gewaltanwendung“, also Krieg).

Die hauptsächlich innenpolitisch motivierte Potentialdarstellung, dient der Selbstdarstellung und soll daneben natürlich auch außenpolitische Wirkungen zeitigen; sie bedeutet aber keine direkte Gewaltandrohung und stellt keine Kriegserklärung dar.

Dementsprechend geht von dieser Waffenpräsentation keine neue und ernsthaft beunruhigende Botschaft aus, auch wenn in Animationen Flugbahnen gezeigt wurden, welche logischerweise gegen die USA zielen; der einzige ernsthafte Rivale Russlands sind nun einmal die USA. Die „neuen“ Marschflugkörper sind in einem frühen Stadium der Entwicklung und militärisch ohne wirkliche Bedeutung, erkennbar auch dadurch, dass für die meisten – wie auch beim Unterwasserfahrzeug – reale Bilder fehlen. Bei der Interkontinentalrakete Sarmat hat man es zudem mit einer Waffe zu tun, die nicht über den bisherigen Rahmen hinausgeht. In Anbetracht der immensen Anzahl von Nuklearwaffen auf russischer und amerikanischer Seite ändern solche „neuen“ Waffen nichts an der Weltlage, selbst wenn sie realisiert und den Streitkräften zugeführt werden sollten. Russland und die USA wissen nur allzu gut, dass ein Nuklearkrieg das beiderseitige Ende bedeutet, für den einen früher, ganz gewiss aber auch für den anderen. Daran ändern die gegenwärtig ins Spiel gebrachten kleinen Nuklearwaffen nichts. Die Hoffnung, mit solchen Waffen einen „begrenzten“ Nuklearkrieg führen und rasch beenden zu können, ist Wunschdenken und ein Rückfall in die Anfangsillusionen der Nuklearrüstung. Wird sich denn der Verlierer defensiv-ehrenhaft verhalten und nach einigen Nuklearschlägen der anderen Seite seine Niederlage akzeptieren? Oder wird er vielmehr „unehrenhaft“ versuchen, das Blatt mit massiven Mitteln zu wenden?

Potentialdarstellung – die erste Waffen-Eskalationsstufe zum Zweck der Selbstdarstellung – gehört zum politischen Geschäft, wie man an Nordkoreas erfolgreichem Raketenbluff sieht, darf aber keinesfalls mit einer realen, unmittelbar drohenden Kriegsgefahr verwechselt werden, auch wenn dies immer wieder gerne getan wird. Solange die Führung eines Staates im Kriegsfall mit dem eigenen Ende rechnen muss, besteht keine ernsthafte Kriegsgefahr! Politische Führungen handeln stets so rational, ihren eigenen Interessen den höchsten Primat einzuräumen.

Prof. Dr. Robert H. Schmucker

apl. Professor an der TU München

Beschäftigt sich seit mehr als 6 Jahrzehnten mit Raketen, Flugkörpern und Raumfahrt und war UNO-Waffeninspektor im Irak. Er lehrt seit 1971 an der Technischen Universität München, war in Forschung und Industrie tätig und gründete 1992 das Beratungsunternehmen Schmucker Technologie.

Robert Schmucker wurde mit dem VDI-Ehrenring und der AIAA Solid Propulsion Award ausgezeichnet und ist Träger des Bayerischen Verdienstordens.

DER KRISENHERD MALI UND DIE SICHERHEITSPOLITISCHEN HERAUSFORDERUNGEN



Dr. Gerald Hainzl

Die Herausforderungen der Staaten der Sahelzone werden zwar oft in einem Atemzug genannt. Dennoch sind die Unterschiede viel größer als aus der europäischen Distanz erkennbar ist, reicht der Raum doch von Senegal bis Eritrea. Aus diesem Grund ist es auch zweckmäßig, vorerst einen Staat in den Fokus der Betrachtungen zu stellen. Mali ist ein ethnisch sehr heterogener Staat, in dem 68 unterschiedliche Sprachen gesprochen werden. Die ethnischen Beziehungen sind komplex und reichen über die Staatsgrenzen hinaus. Gleichzeitig sind die sozialen und ethnischen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden des Landes nicht sehr ausgeprägt.

UNO warnt vor Instabilität

Die UNO warnt in einem ihrer letzten Berichte, dass eine wachsende Instabilität in Mali die Sicherheit im gesamten Sahelraum beeinflussen und beeinträchtigen kann. Und tatsächlich übernahm nach einem doppelten Terroranschlag am 2. März 2018 in Ouagadougou, der Hauptstadt des Nachbarstaates Burkina Faso, der malische Arm der Al-Qaeda im Maghreb, Jama Nusrat Ul-Islam wa al-Muslimin (JNIM) die Verantwortung und lieferte auch gleich eine Begründung. Der Angriff erfolgte als Vergeltungsmaßnahme für eine französische Militäroperation in Nordmali etwa zwei Wochen zuvor, bei welcher 20 Personen entweder getötet oder gefangen genommen wurden. Frankreich und Mali antworteten darauf

Anfang April mit einem Gegenschlag an der Grenze zu Niger, bei dem ca. 30 Menschen getötet worden sind.

Obwohl Mali das Zielgebiet zahlreicher internationaler Friedens- und Stabilisierungsmission ist, wurden während der letzten fünf Jahre kaum nennenswerte Erfolge erzielt. Das Land ist nach wie vor instabil und dient Islamisten als Rückzugsgebiet. Internationales Krisen- und Konfliktmanagement tut sich grundsätzlich schwer mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren. Das Einbinden von Gruppen mit oft sehr unterschiedlichen Zielsetzungen und internationalen Vernetzungen in eine Konfliktlösung ist und bleibt eine der großen Herausforderungen. Zugleich zeigt das oben angeführte Beispiel, dass es eine räumliche Eingrenzung nichtstaatlicher Gewaltakteure im Falle Malis de facto nicht gibt. Allerdings haben die unterschiedlichen internationalen Missionen und Operationen (MINUSMA, EUTM Mali, EUCAP Mali, G5 Sahel, Operation Barkhane) unterschiedliche Zielsetzungen. Während G5 Sahel, eine regionale Initiative von mehreren Staaten, und die französische Operation Barkhane der Bekämpfung terroristischer Gruppierungen dienen, sind die Ziele der EU-Missionen die Ausbildung von Sicherheitskräften sowie ein Beitrag zur Stabilisierung des Landes. Die UNO verfolgt mit MINUSMA ähnliche Zielsetzungen.

Kein Staat in Sicht

Der Staat und seine internationalen Unterstützer sind bisher allerdings nicht in der Lage, im Norden und in Teilen Zentralmalis staatliche Autorität durchzusetzen. Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, die instabile Lage in Mali auf Auseinandersetzungen mit islamistischen Gruppen zu reduzieren. Die Implementierung eines Friedensabkommens, das 2015 mit Tuareg-Rebellen aus dem Norden abgeschlossen wurde, verzögert sich und zwischen einzelnen ethnischen Gruppen brechen immer wieder gewaltsame Konflikte über den Zugang zu Ressourcen und lokale Machtausübung aus.

Diese fragile Situation könnte auch Auswirkungen auf die für den 29. Juli 2018 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen





haben, deren Glaubwürdigkeit auf dem Prüfstand stehen wird. Die Wahlen selbst dürften keine großen Veränderungen bringen. Selbst wenn es an der Staatsspitze einen Wechsel geben würde, wären die Probleme dieselben.

Instabilität, Machtvakuum und vor allem die hohen Summen, die im Menschenhandel verdient werden können, machen Mali vor allem zu einem Herkunfts- und Transitland für Flüchtlinge und Migranten. Die Beseitigung von Fluchtursachen in Mali selbst sowie der Aufbau von verlässlichen Sicherheitskräften bleiben die großen Herausforderungen. Für Europa bedeutet das jedenfalls ein langfristiges Engagement. Die Idee von schnellen Lösungen für komplexe sicherheitspolitische Herausforderungen sollte als Denkmodell weitgehend ausgedient haben. Ein Engagement mit dem Ziel einer nachhaltigen Stabilisierung mit Perspektiven für die Menschen im Land ist daher auch im Interesse Europas. Darüber hinaus können Stabilität und Sicherheit nur dann erreicht werden, wenn neben Sicherheit, starke wirtschaftliche Impulse vor Ort gesetzt werden. Gemeint sind damit aber nicht die Ansätze der klassischen Entwicklungszusammenarbeit, sondern echte wirtschaftliche Investitionen bei den nicht der Hilfscharakter, sondern ökonomische Interessen im Vordergrund stehen sollten. Diesbezügliche Konzepte haben allerdings bislang kaum Einzug in einen umfassenden sicherheitspolitischen Diskurs gehabt.

Frieden können nur die Malier schaffen

Eine Stabilisierung von außen bzw. von externen Akteuren in Mali hat nur wenig Chancen auf Nachhaltigkeit. Deshalb sollten nach Möglichkeit alle maßgeblichen Akteure in Mali eingebunden werden. Wesentlich für eine nachhaltige Stabilisierung ist auch die Involvierung der Zivilgesellschaft auf lokaler, regionaler und staatlicher Ebene, damit möglichst viele Teile der Gesellschaft erreicht werden können, sich repräsentiert fühlen und ihre Ideen einbringen können. Traditionelle Autoritäten, die nach wie vor über Einfluss und Macht in den komplexen sozialen Strukturen in Mali verfügen, können ebenfalls einen wertvollen Beitrag leisten. Darüber hinaus benötigt Mali einen umfassenden nationalen Dialog

und eine Form von Wahrheits- und Versöhnungskommission, um die Ereignisse der letzten Jahre aufzuarbeiten. Die von Mali praktizierte Auslieferung von international gesuchten Personen an den Internationalen Strafgerichtshof kann dabei nur ein Anfang sein.

Kernthesen:

- Kurzfristige Lösungen sind eine Illusion. Ein langfristiges Engagement ist notwendig, um eine nachhaltige Stabilisierung zu erzielen. Dazu zählen nicht nur Maßnahmen im Sicherheitsbereich, sondern auch wirtschaftliche Maßnahmen.
- Die Bekämpfung islamistischer/terroristischer Gruppen sowie eine politische/sicherheitspolitische Stabilisierung Malis sollten getrennt voneinander gesehen, analysiert und bearbeitet werden.
- Möglichst viele regionale und lokale Akteure auch aus der Zivilgesellschaft sollten eingebunden werden, um einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu erreichen.

Dr. Gerald Hainzl

Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie

Er beschäftigt sich mit Konflikten in Afrika, lokalen, regionalen und internationalen Konfliktlösungsmechanismen sowie afrikanischer Sicherheitspolitik und deren Institutionen. Darüber hinaus sind die Afrikanische Union (AU) und ihre Regionalorganisationen im Fokus seiner Forschungen. Dr. Hainzl hatte zahlreiche Studien- und Forschungsaufenthalte unter anderem in Tansania, Botswana, Südafrika, Äthiopien, Somaliland, Eritrea und Ghana. Er ist Mitglied in mehreren Forschungsnetzwerken, hat zahlreiche Publikationen zum Thema Afrika verfasst und hält Vorträge und Lehrveranstaltungen an tertiären Bildungseinrichtungen im In- und Ausland.

VERTEIDIGUNGSINDUSTRIELLE ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA: CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN



Dr. Hans Christoph Atzpodien

Mit hoher Geschwindigkeit sind in den vergangenen Jahren parallel zu den politischen Ereignissen – als Stichworte sind an dieser Stelle u.a. „Krim-Annexion“, „Brexit“, „Syrien“ und „US-Präsidentschaft“ zu nennen – Initiativen zu einer deutlichen Verstärkung der europäischen Verteidigungsanstrengungen innerhalb der NATO und eine „Europäisierung“ der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der rüstungsindustriellen Zusammenarbeit innerhalb der EU vorangetrieben worden. Genannt seien hier

- die Einigung der NATO-Mitgliedsstaaten auf dem NATO-Gipfel von Wales 2014, ihre Verteidigungsausgaben innerhalb von 10 Jahren schrittweise auf 2% ihres jeweiligen Bruttoinlandsproduktes hochzufahren,
- die Initiative von 25 EU-Mitgliedsstaaten, der schon im Lissabon-Vertrag angelegten „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (deutsch kurz als „SSZ“ bezeichnet oder Englisch als „PESCO“ für „Permanent Structured Cooperation“) ein deutlich stärkeres Profil in Gestalt konkreter Projekte zu geben,
- die finanziellen Anreize der EU-Kommission durch den Europäischen Verteidigungsfonds im Rahmen von Forschungs- und Fähigkeitsfenster,
- die Ausarbeitung entsprechender strategischer Verteidigungsdokumente (wie die EU Global Strategy, die französische Revue Strategique oder das Weißbuch der Bundesregierung)
- sowie die deutsch-französischen Ministerratsbeschlüsse vom Juli 2017.

Allen genannten Initiativen liegt der Gedanke der beteiligten Länder zugrunde, in Zeiten unabweisbar angestiegener Herausforderungen beim Aufbau glaubwürdiger Abschreckung im Rahmen der Bündnisverteidigung – parallel zu den fortdauernden militärischen Einsätzen in aller Welt –, aber auch angesichts herausfordernder technologischer Entwicklungen (z.B. im Bereich der Digitalisierung) in ihren sicherheitspolitischen Zielsetzungen enger zusammenrücken und dabei die Effizienz ihrer jeweiligen Anstrengungen zu erhöhen. Dies kann allerdings nur dann gelingen, wenn sich aus einer stärkeren sicherheitspolitischen Annäherung auch gemeinsame militärische Fähig-

keitsanforderungen ableiten lassen, die sich am Ende in gemeinsamen Rüstungsprogrammen niederschlagen.



Wie die vor kurzem aus dem Amt geschiedene frühere Rüstungsstaatssekretärin im BMVg, Dr. Katrin Suder, immer wieder zu Recht betont hat, bedarf es zum Erfolg derartiger Kooperationen neben dem politischen Willen der an einem Projekt beteiligten Länder zur Harmonisierung von Fähigkeits- und Ausrüstungsanforderungen einer klaren Führung – und zwar sowohl politisch als auch auf Seiten der für das Endprodukt verantwortlichen Industrie. Solche Führung wiederum setzt Kompetenz voraus, sowohl im militärisch-politischen wie auch im rüstungsindustriellen Bereich.

Hier genau besteht die Brücke zwischen den Erfolgsfaktoren für echte Kooperation auf der einen und der Bedeutung nationaler Schlüsseltechnologien auf der anderen Seite. Nationale Schlüsseltechnologien – wie Deutschland sie erstmals im Jahr 2015 für sich als national bedeutsame wehrtechnische Kompetenzen definiert hat und nun gemäß Koalitionsvertrag vom März 2018 noch erweitern wird – beschreiben auf der einen Seite die Kompetenzen, die unser Land auch in Zeiten verstärkter Kooperationen als nationale, für unsere Souveränität bedeutsame Kompetenzen auf jeden Fall für sich erhalten will; auf der anderen Seite aber beschreiben sie zugleich auch diejenigen

Bereiche, in denen Deutschland im Zuge möglicher Verteidigungs- und Rüstungskoperationen mittels seiner eigenen Kompetenz einen Führungsanspruch erheben kann und will. Kein Land – dies gilt auch für Deutschland – kann und muss in allen Bereichen eigene nationale Kompetenzen haben oder bei Kooperationen ständig die Führung übernehmen; darauf beruht ja gerade der Gedanke sinnvoller Rüstungskooperation.

Aber da, wo ein Land im Rahmen einer Kooperation die politische Führung übernimmt, muss es diese auch durch eigene industrielle Kompetenzen untermauern können, da ansonsten die Führungsstrukturen auf der politischen und der industriellen Ebene nicht kompatibel ausgestaltbar wären.

Unter dieser Prämisse sind Kooperationen mehrerer europäischer Länder im Rahmen gemeinsamer Rüstungsprogramme zu begrüßen. Aus industrieller Sicht verspricht dies bessere Absatzmöglichkeiten, mehr Effizienz aus höheren Stückzahlen („economies of scale“) sowie eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der derzeit oftmals sehr unterschiedlichen und komplexen Baustandards und Sicherheitsanforderungen. Da sich die europäischen Länder in punkto Verteidigung künftig mehr Ausrüstung leisten müssen, ist also zu hoffen, dass sie sich mit einer Steigerung der Effizienz durch Kooperation künftig – bei weiterhin begrenzten Ressourcen – mehr Ausrüstung wer-

den leisten können. Hinzu kommt, dass die EU-Staaten auch in ihrem Verbund ein souveränitätspolitisches und wirtschaftliches Interesse am Erhalt einer global wettbewerbsfähigen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie haben (nicht zuletzt im Bereich kritischer IT-Technologien).

Trotz des vorgelegten Tempos bleibt derzeit noch offen, inwiefern die bi- und multilateralen Projektideen sowie die Ausarbeitung des Europäischen Verteidigungsfonds tatsächlich zu einer Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit führen. Politisch stellt sich nach wie vor die Frage, ob sich nationale Sicherheits- und Verteidigungsplanungen im Rahmen von NATO und EU tatsächlich in einem signifikantem Maß annähern werden, wie sich dabei das Verhältnis von NATO und EU gestalten wird, und ob die EU-Instrumente zu einer tatsächlichen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie führen oder ob sie sich die ohnehin herausfordernden internationalen Kooperationen durch zusätzliche EU-Controlling-Auflagen nur weiter verkomplizieren.

Aus industrieller Sicht ist und bleibt die politische Führung in Fragen der europäischen Verteidigungs- und Rüstungskooperation der entscheidende Faktor. Ein gutes Beispiel aus jüngster Zeit bildet die deutsch-norwegische Zusammenarbeit bei der Entwicklung einer neuen Generation konventioneller U-Boote in Europa. Da dieser Bereich für

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige



Mit über 40 Jahren Erfahrung im Bau von Flugzeugen aus Faserverbundstoffen besitzt das in Bayern ansässige Unternehmen heute die Technologieführerschaft in diesem Segment und zählt zu den Weltmarktführern für Trainingsflugzeuge im zivilen und militärischen Bereich.

Die Kombination aus G 120TP mit Digital-Cockpit, G 120TP-Flugsimulator sowie dem maßgeschneiderten Computer Based Training System setzt neue Maßstäbe in der Ausbildung von Piloten. Annähernd 550 Trainingsflugzeuge sind derzeit weltweit im Einsatz.



MADE IN GERMANY. USED BY THE WORLD.



www.grob-aircraft.com

uns nationale Schlüsseltechnologie ist, haben wir hier politisch die Führung übernommen, dabei aber vor allem eine sehr enge Abstimmung mit Norwegen bei den gemeinsamen Fähigkeitsanforderungen für das künftige Gerät gefunden. Dies wiederum beruhte auf einer sehr vertrauensvollen und engen Zusammenarbeit der beiden Marinen sowie der beiden Regierungen und führte schließlich auch zu für beide Seiten passenden industriellen Zusammenarbeitsstrukturen. Entsprechende Industriekonsortien bilden sich in dem hochregulierten Bereich der Verteidigungsindustrie (s. Rüstungsexportkontrolle) und angesichts höchst unterschiedlicher staatlicher Einflussnahmen in den verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten in aller Regel nicht in einem „freien Spiel der Kräfte“, sondern brauchen, abgeleitet aus gemeinsamen sicherheitspolitischen Zielen und militärischen Anforderungen, zumeist auch die ordnende Hand der beteiligten Regierungen. Der Herstellung harmonisierter Grundsätze für die Handhabung der künftigen Rüstungsexportkontrolle für die aus der Kooperation hervorgegangenen Produkte sind hierbei von wesentlicher Bedeutung.

Im Sinne erfolgversprechender industrieller Verantwortungsübernahme auf der Produktseite sollte schließlich sichergestellt sein, dass die jeweiligen Industriekonsortien möglichst freie Hand bei der Bildung und Aufrechterhaltung von Wertschöpfungsketten erhalten, ohne z.B. einer „Politisierung“ durch Kompensationsforderungen („Offset“, „juste retour“) zu unterliegen.

Somit bleibt abschließend die Frage nach dem Stellenwert der EU-Anreiz-Instrumente: Im Gegensatz zu dem von der EU-Kommission initiierten European Defence Industrial Development Programme (EDIDP, Zeitrahmen: 2019-2020, Finanzvolumen voraussichtlich €500 Millionen), der Preparatory Action for Defence Research (PADR, Zeitrahmen: 2017 - 2019, Finanzvolumen voraussichtlich €90 Millionen) und dem sich an die beiden genannten Verordnungen anschließenden Europäischen Verteidigungsfonds EVF (ab 2021, Fördervolumen voraussichtlich €1,5 Milliarden/Jahr durch Mittel der Europäischen Union) ergeben sich bei gemeinsamen PESCO-Projekten zunächst keine direkten finanziellen industriellen Auswirkungen. Bei PESCO handelt sich um ei-

nen intergouvernementalen Rahmen, bei dem die kooperierenden Mitgliedsstaaten in ausgewählten Bereichen eine engere Zusammenarbeit anstreben und sich dabei zahlreichen „Commitments“ unterwerfen.

Ob die Idee der EU, finanzielle Anreize zur Harmonisierung von Rüstungsprogrammen aufzubauen, wirklich greift, hängt wohl im Wesentlichen von folgenden Fragen ab: Da Antragsteller bei den Instrumenten des EU-Verteidigungsfonds immer mehrere, zu einer Programmstruktur zusammengeschlossene Unternehmen aus mehreren EU-Ländern sein müssen, sollten diese Anreizinstrumente sinnvoll mit den auf Regierungsebene verfolgten Kooperationsvorhaben (ob unter PESCO oder nicht unter PESCO geführt) verbunden werden. Ansonsten bleiben die Anreizmechanismen des EU-Verteidigungsfonds auf der Ebene einer EU-Forschungsförderung stecken.

Solche Ansätze hat es schon mehrfach gegeben und auch solche Mittelbereitstellung erzielt im kleinen Maßstab ihre Wirkung. Wenn es aber in großem Stil zu Rüstungskooperation in Europa kommen soll, so müssen die Mitgliedsregierungen, die sich zu solchen Kooperationen verbinden wollen, das Heft in die Hand nehmen und dafür sorgen, dass sich die gut gemeinten Anreizmechanismen der EU in diese Logik nahtlos einfügen lassen. Deutschland muss hierbei – neben Frankreich und wenigen anderen – eine herausgehobene Führungsrolle übernehmen. Dazu braucht es eine entsprechende Strategie (so wie Frankreich es uns immer wieder vormacht). Die notwendige Sicherung von Frieden und Freiheit in Europa lassen uns hierfür nicht allzu lange Zeit.

Dr. jur. Hans Christoph Atzpodien

Hauptgeschäftsführer Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Zuvor war er CEO der Business Area Marine Systems sowie der Business Area Industrial Solutions bei ThyssenKrupp. Zuletzt war er Mitglied des Vorstandes Business Area Industrial Solutions / ThyssenKrupp Industrial Solutions AG.

Impressum

Herausgeber: Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU • Konzept & Gestaltung: IT'S LIVE! Advertising GmbH

Bilderquellen: dpa Picture-Alliance, Flickr Bundeswehr: Fotograf Falk Bärwald, Shutterstock sowie privates Bildmaterial

Redaktion: ASP-Landesgeschäftsführer Peter Rief, M. A. • Kontakt Redaktion: asp@csu-bayern.de • Stand: Mai 2018

Hinweis: Die Beiträge in dieser Zeitschrift geben die Meinung des Verfassers, nicht aber die der Redaktion oder des ASP wieder.